

Rede Staatsministerin Katja Keul

Schaumburger Plattform/19.11.2022

Es gilt das gesprochene Wort

ANREDE,

bei meinen Reisen nach Afrika wird mir immer wieder eine Frage gestellt: Wird sich Europa wegen des Ukrainekriegs die nächsten Jahre nur noch mit sich selbst beschäftigen?

Meine Antwort ist sehr klar: Gerade jetzt ist eine verstärkte Partnerschaft mit den afrikanischen Staaten wichtiger denn je.

Denn der Krieg hat noch einmal besonders klar gezeigt: Die Sicherheit und der Wohlstand Afrikas und Europas sind untrennbar miteinander verknüpft.

Die Folgen des Krieges in Europa sind unübersehbar: unermessliches menschliches Leid in der Ukraine sowie Energieknappheit und Inflation bei uns in Westeuropa.

Aber auch in Afrika ist der Krieg spürbar.

In vielen afrikanischen Ländern sind die Lebensmittelpreise um 50% und mehr gestiegen.

Die Inflation und die Nahrungsmittelknappheit drohen labile Regionen wie den Sahel und das Horn von Afrika noch weiter zu destabilisieren.

Die Auswirkungen werden dann wiederum auch in Europa spürbar sein.

Meine Botschaft bei meinen Reisen in die afrikanischen Länder lautet daher: Der Krieg in der Ukraine ist kein rein europäisches Problem. Er betrifft uns alle.

Deshalb werben wir bei unseren afrikanischen Partnern auch darum, sich in diesem Konflikt klar zu positionieren.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Viele afrikanische Partner betrachten den Krieg als geostrategische Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland.

Sie vermeiden es, sich zumindest öffentlich für eine Seite in diesem Krieg zu entscheiden.

Viele von ihnen sind der Auffassung, dass eine Parteinahme den eigenen Interessen schaden würde.

Es bleibt uns nichts übrig, als unsere Position immer wieder zu erklären.

Und gleichzeitig müssen wir deutlich machen, dass das Ziel einer vertieften Partnerschaft mit Afrika nicht nur leere Worte sind.

Wir müssen unsere Partnerschaft mit konkreten Angeboten untermauern.

Das ist in unserem gemeinsamen Interesse.

Besonders offensichtlich ist das beim Klimawandel.

Bei meinen Besuchen in Addis und in Nairobi in den letzten Wochen konnte ich mir selbst ein Bild davon machen, wie verheerend die Auswirkungen des Klimawandels in Afrika bereits heute sind.

Vier Regenzeiten nacheinander sind am Horn von Afrika ausgefallen.

25 Mio. Menschen sind dort aktuell von Hunger bedroht.

In Somalia, Kenia und Äthiopien stirbt alle 48 Sekunden ein Mensch an den Folgen von Hunger und Unterernährung.

Die Staaten des Globalen Südens haben wenig zur Erderwärmung beigetragen. Sie leiden aber am meisten an den Folgen.

Deshalb ging es bei der gerade zu Ende gegangenen Klimakonferenz in Ägypten auch besonders um die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen gegen den Klimawandel.

Wir haben uns bei der Konferenz für einen globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken eingesetzt. Dazu wird Deutschland eine Anschubfinanzierung von 170 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Wir schließen derzeit außerdem mit mehreren afrikanischen Staaten [u.a. Südafrika, Senegal] sog. Energiewende-Partnerschaften ab („Just Energy Transition Partnership - JETP“).

Die Idee dahinter: Westliche Staaten geben finanzielle Zuschüsse und günstige Kredite, um andere Staaten dabei zu unterstützen, ihre Energiewende zu finanzieren und sozial gerecht umzusetzen.

Ein zweiter Schwerpunkt in unserer Zusammenarbeit ist unser gemeinsamer Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung.

Viele afrikanische Partner teilen diese Werte.

Ja, es gab in den letzten zwei Jahren Putsche in Mali, Tschad, Burkina Faso, Guinea und Sudan.

Aber es gibt genauso stabile Demokratien mit starken Institutionen, mit denen wir Werte und Interessen teilen.

Besonders mit diesen Partnern wollen wir unsere Beziehungen vertiefen.

Dazu zählen zum Beispiel Südafrika, Senegal, Angola, perspektivisch auch Tansania, Kenia und andere.

Wir wollen gemeinsam gesellschaftliche und demokratische Teilhabe stärken.

Dazu gehört auch eine dezidierte feministische Außenpolitik.

Das ist nicht nur eine Frage von Werten, sondern auch von Stabilität und Sicherheit.

Ich war vor zwei Woche zu Besuch in Kamerun.

Dabei habe ich auch eine Gruppe von Menschenrechtlerinnen und Anwältinnen getroffen, die sich für die Lösung des Konfliktes in den Regionen Nordwest und Südwest einsetzen.

Der Konflikt ist vielschichtig.

Zwei wesentliche Gründe für den Ausbruch des Konflikts waren aber das Schulsystem und das Rechtssystem.

In den englischsprachigen Regionen Kameruns wird das englische common law angewendet, in den französischsprachigen Regionen das kontinentaleuropäische Zivilrecht.

Es ist klar, dass das zu Problemen führt.

Das ist im Übrigen nur eines von vielen Beispielen, was für eine katastrophale Wirkung der Kolonialismus auf die Stabilität der afrikanischen Staaten hatte.

Die Arbeit der kamerunischen Anwältinnen setzt hier an und versucht, Vertrauen zu schaffen und auch zur Harmonisierung der Rechtssysteme beizutragen.

Damit kann die Initiative einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Landes beitragen.

Auch in vielen anderen Ländern wie dem Südsudan oder Äthiopien habe ich gesehen, was für eine unmittelbare sicherheitsrelevante Bedeutung die Einbindung von Frauen haben kann.

Und drittens bleiben wir natürlich auch bei unserem Engagement für Stabilität, Frieden und Krisenprävention engagiert.

Wir sind weiter in sicherheitspolitischen Hotspots wie Mali präsent.

Bis Anfang nächsten Jahres überprüfen wir unser Engagement bei MINUSMA.

Wir sind weltweit der zweitgrößte humanitäre Geber. Wir haben dieses Jahr noch einmal unsere Mittel für das Horn von Afrika aufgestockt.

Die EU ist zudem der wichtigste Partner und multilaterale Geldgeber der Afrikanischen Union. Damit unterstützen wir besonders deren Friedensbemühungen.

In Äthiopien haben wir gerade gesehen, dass die AU dazu in der Lage ist, Friedensverhandlungen erfolgreich zu initiieren.

Daneben engagieren wir uns auch bei der Stabilisierung in Afrika, zum Beispiel in der Tschadseeregion.

Die Region ist seit über zehn Jahren Schauplatz des Terrors von Boko Haram.

Der Klimawandel und die Dürren verschärfen dort die Sicherheitslage und humanitäre Lage weiter.

Über 10 Millionen Menschen sind dort auf Hilfe angewiesen.

Mit unserer Stabilisierung im Rahmen der sog. Tschadseefazilität unterstützen wir u.a. die Aus- und Fortbildung von zivilen Sicherheitskräften, um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu erhöhen.

Außerdem finanzieren wir Projekte im Gesundheitssektor und im Bildungsbereich, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern.

Allein dieses Jahr haben wir dafür 25 Mio. an UNDP zur Verfügung gestellt.

Nächste Woche werde ich zur Accra Initiative nach Ghana fahren.

Das ist eine Initiative mehrerer westafrikanischer Staaten, die bei der Bekämpfung des Übergreifens von Terrorismus aus dem Sahel zusammenzuarbeiten.

Es geht hier um Informationsaustausch und grenzüberschreitende Maßnahmen.

Deutschland unterstützt die Initiative.

Meine Damen und Herren,

Afrikanische Staaten können in der neuen multipolaren Welt zwischen mehreren Partnern wählen und tun dies auch.

Wir brauchen unser Licht aber nicht unter den Scheffel zu stellen.

Europa ist schon heute ein zentraler Partner für Afrika und viel stärker engagiert als zum Beispiel Russland.

Nur zum Vergleich: Die russischen Investitionen in Afrika betragen weniger als 1% der Investitionen der EU-Mitgliedsstaaten. Und sie beschränken sich im Wesentlichen auf den Abbau von fossilen Energieträgern.

Die russischen Söldner in Zentralafrika und in Mali haben wenig bewirkt, aber signifikant zur Verschlechterung der Sicherheitssituation beigetragen.

Das Angebot Chinas ist wiederum an sehr strenge politische und finanzielle Bedingungen.

Die finanzielle Unterstützung Chinas hat oft zu Überschuldung und faktischen Einschränkungen der Souveränität geführt.

Das europäische Engagement erstreckt sich dagegen von wirtschaftlicher Zusammenarbeit über Kulturaustausch bis zur Kooperation bei Gesundheit, Infrastruktur, Klima und Energie.

Als Bundesregierung wollen den Austausch auf allen Ebenen ausbauen, zwischen den Regierungen und den Zivilgesellschaften.

Es war eine bewusste Entscheidung, mit Südafrika und Senegal zwei afrikanische Staaten zum G7-Gipfel nach Elmau miteinzuladen.

Auch beim Außenministertreffen vor zwei Wochen in Münster waren die Außenministerin von Ghana sowie der Außenminister von Kenia anwesend.

Das ist der richtige Weg.

Wir sind direkte Nachbarn in einer globalisierten Welt.

Wir teilen eine gemeinsame Geschichte, die wir noch viel zu wenig aufgearbeitet haben.

Das Mittelmeer hat unsere Kontinente im Laufe der Geschichte viel häufiger miteinander verbunden als voneinander getrennt.

In der Straße von Gibraltar trennen uns gerade einmal 30 Kilometer voneinander.

Deshalb ist völlig klar: Wir werden unsere Zukunft nur gemeinsam gestalten können.

Das ist das Ziel der Bundesregierung, und auch von mir ganz persönlich.